



Konferenz der Landesbeauftragten

für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Folgen der kommunistischen Diktatur

27. März 2018

PRESSEMITTEILUNG

Landesbeauftragte zu Adoptionen und Kindesentziehungen in der DDR

In letzter Zeit häufen sich Berichte über vermutete politisch motivierte Adoptionen und Kindesentziehungen in der DDR. Die Konferenz der Landesbeauftragten spricht sich für eine Versachlichung in der emotional aufgeladenen Debatte aus. Es gibt bisher wenige belegte Einzelfälle, aber noch keine wissenschaftlich seriösen Belege für systematische, flächendeckende und in hoher Zahl vorgenommene Zwangsadoptionen in der DDR, bei denen Kinder aus politischen Gründen gegen den Willen der Eltern und ohne Gefährdung des Kindeswohls der Familie entzogen und adoptiert wurden. Ungeachtet dessen bleibt jeder einzelne Fall eine Tragödie.

Aufgrund des Leidensdrucks von betroffenen Familien erachten es die Landesbeauftragten als notwendig, dass jeder einzelne Fall vorbehaltlos aufgeklärt wird. Sie bieten diesen Familien entsprechende Beratungsmöglichkeiten an. Die Skandalisierung der äußerst sensiblen Thematik schadet den Betroffenen.

Kürzlich wurde im Auftrag der Ost-Beauftragten die Vorstudie „Dimensionen und wissenschaftliche Nachprüfbarkeit politischer Motivation in DDR-Adoptionsverfahren 1966-1990“ veröffentlicht. Aufgaben der Vorstudie waren eine Bestandsaufnahme bisheriger Erkenntnisse, die Definition von Fallgruppen und die Untersuchung von Fragestellungen und Machbarkeit künftiger Forschungen. Dem wird die Studie nur bedingt gerecht, insbesondere weil die Schätzung von Zahlen völlig verfrüht ist.

Die Landesbeauftragten sprechen sich für eine umfassende Weiterarbeit an dieser Thematik aus. Elementar wichtig und notwendig ist eine vorurteilsfreie wissenschaftliche Erforschung der Praxis von Kindesentziehungen und Adoptionen in der DDR. Zu berücksichtigen sind auch die Fälle, in denen Eltern vermuten, dass ihnen das Versterben der Kinder vorgetäuscht wurde, um eine Zwangsadoption zu verschleiern.

Tom Sello, Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Dr. Maria Nooke, Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Anne Drescher, Landesbeauftragte für Mecklenburg-Vorpommern für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Lutz Rathenow, Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Birgit Neumann-Becker, Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Christian Dietrich, Landesbeauftragter des Freistaats Thüringen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Presse-Kontakt:

Anne Drescher
Landesbeauftragte
Bleicherufer 7 | 19053 Schwerin
Tel.: 0385 – 734006
Fax: 0385 – 734007
E-Mail: post@lstu.mv-regierung.de
Internet: www.landesbeauftragter.de

Thomas Heinemann, Stellvertretender Landesbeauftragter,
Ref. Bürgerberatung und Rehabilitation
Jürgen-Fuchs-Straße 1 | 99096 Erfurt
Tel.: +49 361 – 57 3114-957
Fax: +49 361 – 57 3114-952
E-Mail: heinemann@thla.thueringen.de
Internet: www.thla.thueringen.de